



## Friedrich Haag

Sprecher für Wohnungsbau und individuelle Mobilität  
FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

### REDE

**anlässlich der Aktuellen Debatte  
auf Antrag der FDP/DVP-Landtagsfraktion  
„Grundsteuer-Hammer endlich transparent:  
Vervielfachung der Steuerbelastung durch  
grün-schwarze Grundsteuer“  
am 23. Oktober 2024  
im Landtag von Baden-Württemberg**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

jetzt wird der Kosten-Hammer dieser vermurksten Grundsteuer-Reform für die Menschen vor Ort zur bitteren Realität. Insbesondere Ein- und Zweifamilienhausbewohner müssen künftig einiges mehr bezahlen. Und das in einem Bundesland, in dem rund 82% der Gebäude Ein- oder Zweifamilienhäuser sind.




Hier mal ein paar Vorher-Nachher-Beispiele, vorausgesetzt die Kommunen entscheiden sich für die Aufkommensneutralität:


- Ein Freiburger Einfamilienhaus, mit ca. 1400 Quadratmeter Grundstück. Bis jetzt: rund 700€ Grundsteuer.  
Künftig zu erwarten: Bis zu 4500€.
- Oder: Zweifamilienhaus in Esslingen, 700 Quadratmeter Grundstück.  
Grundsteuer bisher: 320€.  
Künftig: 1300€.
- Weiter: Doppelhaushälfte in Stuttgart. Grundsteuer bisher: knapp 200€. In Zukunft: fast 2.900€ – mehr als das 14-Fache.

Und so gibt es noch viele weitere Beispiele.



Die Landesregierung redet immer davon, dass Wohnen muss günstiger werden, es muss entlasten usw. Und das einzige was sie schafft ist die Kosten durch diese Reform weiter in die Höhe zu treiben.

**Landtagsbüro**  
Haus des Landtags

 Konrad-Adenauer-Straße 3  
70173 Stuttgart  
 0711 2063 9240  
 0711 2063 149240

 [friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de](mailto:friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de)  
 [www.friedrich-haag.de](http://www.friedrich-haag.de)  
 /haagfdp  
 /haagfdp

**Wahlkreisbüro**  
Stuttgart

 Weißenburgstraße 29  
70180 Stuttgart  
 0711 9459 1111

Diese Reform belastet vor allem Menschen in ihren Siedlungshäusern, deren Wohnfläche meist klein ist, aber das Grundstück groß. Das bedeutet auch: Sie riskieren für viele die Altersvorsorge ‚Eigenheim‘. Und auch für junge Menschen rückt der Traum vom eigenen Haus weiter in die Ferne. Aber das scheint den Grünen ja herzlich egal zu sein. Denn sie machen ja ohnehin sture Politik gegen das Eigentum.

Oder nehmen wir mal das Beispiel „Tiny House“. Das wird ja oft als günstige Alternative angepriesen. So hätte man mehr Platz und Geld, das Grundstück anderweitig zu nutzen, z.B. für einen Nutzgarten zur Selbstversorgung. Aber ich sage Ihnen eins: Mit einem entsprechend großen Grundstück hat man das gleiche Problem wie die Menschen aus den Beispielen. Mit der neuen Grundsteuer wird das Wohnen auch im „Tiny House“ deutlich teurer.

Und Herr Kollege Dr. Schütte, ich möchte Sie an der Stelle nochmal an Ihren Wunsch erinnern, den Sie hier am 16. Mai kundgetan haben, ich zitiere: „Deshalb haben wir noch einen Wunsch – das sage ich jetzt im Namen der CDU-Fraktion (...) dass, wenn jemand ein Gutachten erstellt und das Gutachten zeigt, dass der Bescheid falsch war, dann eine staatliche Ebene (...) die Kosten trägt. Das halte ich für richtig.“

Herr Dr. Schütte: Volle Zustimmung! Wir halten das auch für richtig! Aber wir fragen uns: Was ist denn aus diesem Wunsch geworden? Wann kommen Sie in die Umsetzung? Oder scheitert das Ganze wieder am grünen Koalitionspartner?

Diese Grundsteuer-Reform ist für so viele Menschen weder „aufkommensneutral“, geschweige denn *fair* oder *gerecht*.

Dabei kommt es den Grünen doch gerade Recht, dass es für Besitzer und Mieter von Ein- und Zweifamilienhäusern teurer wird! Sie wollen Ihren ideologischen Kampf gegen das Ein- und Zweifamilienhaus weiter fortführen. Und sorgen dafür, dass die Kosten für das Wohnen weiter steigen.

Aber das ist mit uns nicht zu machen! Wir brauchen **Entlastung**, statt **Belastung**!